

sation der MTS sowie die Ministerratsbeschlüsse bzw. Beschlüsse seines Präsidiums vom 10. Oktober 1963 und späterer Jahre über einheitliche Erzeugerpreise für pflanzliche Erzeugnisse und Beibehaltung des doppelten Preisniveaus für tierische Haupterzeugnisse bei Erhöhung der Aufkaufanteile sowie über Prämien für den Produktionszuwachs.

Gerade am Beispiel dieser seit 1965 nach dem geplanten Zuwachs gestaffelten Prämien¹⁴ wird deutlich, daß der sozialistische Staat die landwirtschaftliche Produktion nicht dem Selbstlauf überläßt, sondern die LPG, die als genossenschaftlich-sozialistische Betriebe von der Eigentumsform her ihre Pläne völlig selbständig aufstellen, daran interessiert, schon in den Plan alle Reserven der Produktionssteigerung durch effektives Wirtschaften aufzunehmen, was die Bilanzierung der Volkswirtschaft erleichtert. In der gesamten Agrarpolitik der Partei wird dabei oberster Grundsatz, alle Maßnahmen mit den Bauern zu beraten und von ihnen beschließen zu lassen.

Diese höchste Form der Demokratie, die sich aus dem Wesen des sozialistischen Eigentums als gesellschaftliches Eigentum überhaupt ergibt und in allen seinen Formen gegeben ist, widerlegt alle Auffassungen von der Notwendigkeit eines isolierten Gruppeneigentums.¹⁵ Auch ein sogenanntes delegiertes Gruppeneigentum, das Behrens im Zusammenhang mit seiner Forderung nach Entstaatlichung der Wirtschaft der sozialistischen Industrieländer als eine höhere Form des sozialistischen Eigentums betrachtet¹⁶, würde in Wirklichkeit zur Untergrabung der Vorzüge des Sozialismus führen. Das wäre der Weg in die bei uns in der DDR längst überwundene Vergangenheit, der den Grundwiderspruch der einfachen Warenproduktion zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit mit seinen Begleiterscheinungen Konkurrenz und Anarchie wieder aufleben ließe.

Servan-Schreiber führt in seinem Buch „Die amerikanische Herausforderung“ den Nachweis, daß die sogenannte freie Marktwirtschaft selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern dem Niveau der Produktivkräfte widerspricht und unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution einen Anachronismus darstellt. Er fordert in diesem Zusammenhang auch in den westeuropäischen Ländern die Herstellung der Einheit von Industrie, Universität und Staat nach dem Beispiel der cross-fertilization in den USA.¹⁷

Aber eine solche Einheit ist erst durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ohne Einschränkungen möglich; auf seiner Grundlage wird sie erstmals durch die Werktätigen in ihrem eigenen Interesse und nicht mehr im Profitinteresse mächtiger Monopole gestaltet.

Den sozialistischen Ländern wird jedoch empfohlen, auf diese Vorzüge zu verzichten. Leider gibt es auch marxistische Ökonomen, die sich z. B. mit Forderungen nach Autonomie der Betriebe, Herausbildung von Gruppeneigentum u. ä. zum Fürsprecher dieser durchsichtigen Absichten machen, die Paul Hensel offen ausplaudert: „Würde in Mitteldeutschland die Idee des Konkurrenzsozialismus verwirklicht werden, dann würde dies die Wieder-

14 Als Maßstab gilt das Verhältnis Plan des Planjahres zu Ist des Vorjahres, wobei die Erfüllung des Planes des Planjahres Voraussetzung für die Zahlung der Prämie bildet. Bei seiner Nichterfüllung gelten die entsprechend niedrigeren Sätze, die sich aus dem Ist-Vergleich ergeben. Bei Nichterfüllung des Planes des Vorjahres muß dieser in der Regel zum Plan des Planjahres ins Verhältnis gesetzt werden.

15 Das genossenschaftliche Eigentum wird deshalb im Verfassungsentwurf auch als Gemein- und nicht als Gruppeneigentum definiert.

16 Vgl. F. Behrens, „Kritik der politischen Ökonomie und ökonomischen Theorie des Sozialismus“, Gewerkschaftliche Monatshefte, 1967, S. 719.

17 Vgl. J. J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1968, S. 180.